



WAHLPRÜFSTEINE
Deutscher Berufsverband für
Soziale Arbeit (DBSH e.V.)
Junger DBSH

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl am 08.10.2023 in Hessen

Volt Quellen :

GSP= Grundsatzprogramm von Volt Deutschland 28. Januar 2023

BTW 21= Bundestagswahlprogramm 2021

LTW H= Landtagswahlprogramm Hessen 2023

Soziale Arbeit generell

1. Was werden Sie unternehmen, damit Zuwendungsgeber*innen zukünftig soziale Projekte mittel- bzw. langfristig fördern müssen?

Antwort: (LTW H, S. 61) Volt ist überzeugt, dass große Herausforderungen der heutigen Zeit nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten gelöst werden können. Weder der Klimawandel, der insbesondere die sozial Schwächeren weiter benachteiligt, noch das soziale Auseinanderleben können von Deutschland - geschweige denn Hessen - alleine aufgehalten werden. Aus diesem Grund orientieren wir uns bei allen politischen Fragen immer an unserer Vision einer geeinten, europäischen Republik. Deshalb handeln wir stets nach dem Motto: Europäisch denken, lokal handeln.

(GSP, S. 114ff) Zur Gewährleistung eines grundlegenden Lebensstandards und der Chancengleichheit hält Volt u.a. EU-weite Mindeststandards beim Kindergeld, die

Einführung eines Startkapitals in der Höhe von 20.000€ für jeden jungen Menschen mit dem vollendeten 21. Lebensjahr, Reformierung des Systems der Grundsicherung und ein Mindesteinkommen über der Armutsgrenze für sinnvoll.

In Hessen (LTW H, S. 6ff) möchten wir insbesondere mit einem Neustart der Bildung gleiche Bildungschancen für alle bieten, um der wachsenden sozialen Ungleichheit und Differenzierung vorzubeugen und zu begegnen.

(GSP, S. 116) Sozialleistungen (Lebensmittel, Wohnraum, Kleidung, Gesundheitsversorgung) für die in Not geratene Menschen sollen für alle in ganz Europa zugänglich und verfügbar sein und für Jeden einen grundlegenden Lebensstandard sicherstellen. Sie dienen als Übergangsmaßnahmen, um in Not geratenen Menschen zu helfen, wieder ein selbstständiges Leben zu führen.

(BTW, S. 124) Neben den längerfristigen Zielen der sozialen Gleichheit sind sofortige Verbesserungen der sozialen Absicherung unbedingt notwendig, da der derzeitige Zustand mit einer solidarischen Gesellschaft nicht vereinbar ist. Kurzfristige Maßnahmen sollen konkret die Absicherung verbessern und eine Grundlage für weitere Entwicklung schaffen.

Wir wollen Menschen in besonders vulnerablen Lebenssituationen, wie Obdachlose oder Jugendliche, die z. B. in stationären Unterbringungen sind, besser unterstützen.

2. Welche Angebote werden Sie ausbauen, um Kinder sowie Jugendliche bei der Verarbeitung von häuslicher Gewalt zu unterstützen?

Antwort: Zunächst ist es erforderlich, häusliche Gewalt oder Vernachlässigung zu erkennen, um dagegen vorgehen zu können. (BTW 2021, S. 109; LTW H, S. 9) Volt hat bereits im Bundestagswahlprogramm 2021 Qualitätsziele für Bildung bis 2030 definiert: ein Betreuungsangebot mit Ganztagsoption für 80 % der Kinder unter drei Jahren und 100 % der Kinder über drei Jahren. Ein Betreuungsschlüssel für die Anzahl von Erzieher*in zu Kindern von 1 zu 3 (oder besser) für Kinder unter drei Jahren und von 1 zu 7,5 (oder besser) für Kinder über drei Jahren wird angestrebt. Auch im Landtagswahlprogramm für Hessen 2023 wird ein kostenloses und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr gefordert.

(GPS, S. 99) Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Personen die unter die Sammelbegriffe FLINTA* und LGBTIAQ+* fallen, muss verhindert und bekämpft werden. Dies impliziert Schutz und Unterstützung der Betroffenen. Darunter fallen z. B. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratungs- und Schutzeinrichtungen. Ein weiteres Kernelement ist die Präventions- und Täterarbeit, denn es muss verhindert werden, dass Personen überhaupt Täter werden,

beziehungsweise wiederholt zu Tätern werden.

3. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Hessen ergreifen?

Antwort: (LTW H, S. 44) Volt setzt sich für einen inklusiven, gleichberechtigten Umgang mit allen Menschen ein. Im Landtagswahlprogramm für Hessen 2023 fordern wir konkret die Ächtung und Vermeidung von rassistischem und diskriminierendem Umgang oder Sprache in allen Landesinstitutionen und Beteiligungen. Zudem soll überprüft werden, ob sich diese bereits kritisch mit strukturellem Rassismus auseinandersetzen und eine inklusive Kultur fördern. Der Umgang in Betrieben und Gremien des Landes sollte als Vorbild für eine inklusive Organisationskultur dienen. Diese Kultur fördert das Klima und die Art der Zusammenarbeit.

4. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe und die Sicherstellung von mehr sozialem Wohnraum?

Antwort: (GSP, S. 116f) Volt setzt sich für eine umfangreiche Hilfe von Menschen mit (drohendem) Verlust ihres Wohnraums ein. Diese muss unbürokratisch, niederschwellig, rasch, kostenlos, individuell, aufsuchend und ortsnah angeboten werden. Wir fordern, dass in allen europäischen Regionen adäquate Angebote zur Vorbeugung und Bekämpfung von Obdachlosigkeit entstehen und die Fördermittel der Europäischen Union für obdach- und wohnungslose Menschen erhöht werden. Da gegenwärtig die Wohnkosten stark zur sozialen Ungleichheit beitragen, haben wir im Landtagswahlprogramm für Hessen 2023 (S. 50f) eine Reihe von Massnahmen definiert, wie: Ausbau des Bestandes landeseigener Wohnungen und eine Sozialquote von 40% sowie finanzielle Förderung genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen mit Hilfe der Erbpachtvergabe. Wir unterstützen das Modell des Mietkaufs, bei dem das Land als Bauherr*in in Vorleistung geht. Wir möchten eine Abgabe auf dauerhaften Leerstand gesetzlich ermöglichen sowie formale und finanzielle Voraussetzungen schaffen, damit Mietwohnungen in Privatbesitz in das System des geförderten Wohnens aufgenommen werden können.

Auf kommunalen Ebenen, wie in Frankfurt oder Wiesbaden, setzen wir uns für erhöhte Quoten der geförderten Wohnungen im Neubau sowie effizientere Bodennutzung in Ballungsräumen durch höhere Bebauungsdichten ein.

Fachkräftemangel und Arbeitsbedingungen

1. In der Sozialen Arbeit herrscht ein massiver Fachkräftemangel. Was werden Sie gegen den Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit in Hessen unternehmen?

Antwort: (GSP, S. 112) Wir wollen Soziale Arbeit, wie auch Polizei und Justiz personell deutlich verstärken und die Kooperation untereinander ausbauen. Damit wollen wir berufliche Überlastung reduzieren und vor allem Synergieeffekte schaffen, die eine effektivere und umfassendere soziale Präventionsarbeit ermöglichen.

(LTW H, S. 63) Wir wollen es europäischen Fachkräften erleichtern, nach Hessen zu kommen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Volt setzt sich für die Schaffung einer Übersicht der verschiedenen Anforderungen an Berufe in den unterschiedlichen Ländern der EU ein, um diese in die jeweiligen hessischen Bedingungen einfließen lassen zu können. Darüber hinaus will Volt Angebote schaffen, die ggf. fehlende Ausbildungsinhalte zielführend zu ergänzen und fehlende Abschlüsse nachzuholen.

2. Kürzlich wurde öffentlich, dass im Frankfurter Jugendamt Mitarbeitende durch die Amtsleitung aufgefordert werden, in Notsituationen Kinder- und Jugendliche in ihren Haushalten aufzunehmen. Dies widerspricht einer professionellen Praxis. Was werden Sie tun, damit dies nicht in weiteren Jugendämtern in Hessen notwendig werden wird und wie die Kinder- bzw. Jugendhilfe der Kommunen stärken?

Antwort: Konkrete Forderungen finden sich dazu noch in keinem unserer Programme. Wir setzen dabei auf eine partizipative Kommunikation mit den Behörden, eine gemeinsame Feststellung des Bedarfs und eine Abarbeitung der Lösungsoptionen. Dabei kann versucht werden, mehr Pflegefamilien zu bekommen oder mehr Heimplätze oder andere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Ebenso muss die präventive Arbeit verstärkt werden, um in Obhutnahmen von vornherein zu verhindern.

3. Personalschlüssel entscheiden über Qualität und Arbeitszufriedenheit in der Sozialen Arbeit. In Jugendämtern fehlen bundesweite, verbindliche Standards - so auch in Hessen. Berlin beispielsweise hat bereits eigene Fallbegrenzungen in Jugendämtern eingeführt. Wie kann Ihrer Meinung nach umgesetzt werden, dass Personalbemessungsmodelle flächendeckend in Hessen eingeführt werden und Qualitätsstandards gelten?

Antwort: Volt strebt eine pragmatische Politik an, die sich der "Best Practices" bedient. Wirkungsvolle Lösungen sollen auf ihre Anwendbarkeit in anderen Gebieten geprüft werden. Insofern kann das Berliner Modell auch in Hessen Anwendung finden. Am

Beispiel der Antwort 2 zu Sozialen Arbeit haben wir aufgezeigt, dass wir zur Qualitätssicherung der Erziehungsarbeit eine definierte Erhöhung der Personalquoten für erforderlich halten.

Anerkennungsjahr / Praxissemester

Studierende der Sozialen Arbeit müssen lt. hessischem Landesgesetz zur staatlichen Anerkennung ein "Berufspraktikum" (Anerkennungsjahr) im Anschluss des Studiums oder ein studienintegriertes Praktikum absolvieren. Die Studierenden haben zu dem Zeitpunkt eines Berufspraktikums faktisch bereits ihr Studium beendet, müssen allerdings weiterhin in der Uni eingeschrieben bleiben, was häufig zu einer nicht angemessenen Bezahlung während des Berufspraktikums führt. Die Studierenden, die ein studienintegriertes Praktikum absolvieren, leisten dies häufig ebenfalls gegen Ende ihres Studiums. Die studienintegrierten Vollzeit Praxissemester (bis zu 8 Monate je nach Uni / Hochschule) bei Trägern der Sozialen Arbeit in Hessen müssen lt. Mindestlohngesetz nicht nach Mindestlohn bezahlt werden, häufig erhalten Studierende überhaupt keine Vergütung. Dies führt zu prekären Lebenssituationen der angehenden Sozialarbeiter:innen, welche nicht tragbar sind. Detaillierte Informationen zu den Lebenslagen von angehenden Sozialarbeiter:innen finden Sie hier <https://praktikum.junger-dbsh.de/> .

1. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage von Praktikant*innen der Sozialen Arbeit in Hessen hinsichtlich der finanziellen Situation während der unbezahlten Vollzeitpraktika im Studium Sozialer Arbeit und der Berufsanerkennungsjahre?

Antwort: (Wahl-o-mat Hessenwahl 2023) Volt lehnt unbezahlte Praktika in der Ausbildung ab. Um die finanzielle Situation junger Menschen zu verbessern, sollen alle bestehenden Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn für Menschen bis 25 Jahren abgeschafft werden. Damit sollte der Mindestlohn auch für den Unternehmensanteil der dualen Ausbildung gelten.

2. Jedes Semester absolvieren Studierende der Sozialen Arbeit ihre Praktika / Berufsanerkennungsjahre in der Trägerschaft der Städte und Kommunen in Hessen (Jugendamt, Sozialamt, Jobcenter etc.) aber auch bei wichtigen freien Trägern der Sozialen Arbeit. Inwieweit werden Sie die angemessene Bezahlung dieser Studierenden in der Haushaltsplanung der zuständigen Ministerien / Kommunen etc. berücksichtigen und Kommunen so unterstützen, dass diese eine angemessene Bezahlung leisten können?

Antwort: Wir stehen auch hier zu unserer Forderung, dass der Mindestlohn auch für die Phasen der Praktika oder Berufsanerkennungsjahre gelten soll. Entsprechend

müssen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

3. Inwieweit und in welcher Höhe beabsichtigen Sie eine verpflichtende Bezahlung von studienintegrierten Pflichtpraktika während der Ausbildung für Fachkräfte der Sozialen Arbeit umzusetzen? (Dies ginge z.B. über das hessische Landesgesetz zur staatlichen Anerkennung von Sozialarbeitenden.)

Antwort: Auch hier gilt unsere Forderung nach der Ausweitung des Geltungsbereichs des Mindestlohns.